zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Allentsteig

Ausgabe · Juni 2026 | 561012/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Die Entscheidungen trifft der Gemeinderat

In der Diskussion um den geplanten Windpark Allentsteig-Schwarzenau wird immer wieder auf eine Volksbefragung verwiesen.

Seite 3

Reha Allentsteig ist wichtiger als Windpark

Das Windparkprojekt Allentsteig-Schwarzenau beschäftigt die Stadtgemeinde Allentsteig seit Längerem.

Seite 4

Integration ist Pflicht, keine Option

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen.

Seite 6

Wird auch beim Windpark WA08 mit Geldflüssen Zustimmung erkauft?

Je tiefer man sich mit den uns zugespielten Verträgen und Vereinbarungen ähnlicher Windparks im Waldviertel beschäftigt, desto mehr drängt sich eine Frage auf: Warum muss ein Projekt, das angeblich so sinnvoll und wirtschaftlich ist, mit einem derart umfangreichen System finanzieller Zuwendungen begleitet werden?

Nach den uns vorliegenden Informationen sollen über einen Zeitraum von rund 20 Jahren beträchtliche Geldbeträge verteilt werden. Gelder fließen an direkt betroffene Grundstückseigentümer, an weitere Grundeigentümer innerhalb der Zonierungsfläche, an Gemeinden, an die Kleinregion, an Energiegemeinschaften und teilweise sogar an Bürger über vergünstigte Strommodelle. Die Liste der Begünstigten wird immer länger.

Genau hier beginnt die politische Diskussion. Denn wenn ein Projekt nur durch ein ausgeklügeltes System von finanziellen Vorteilen und Ausgleichszahlungen gesellschaftlich akzeptiert werden soll, dann stellt sich zwangsläufig die Frage, ob hier Überzeugungsarbeit geleistet oder Zustimmung finanziell abgesichert werden soll.

Besonders kritisch sehen wir diese uns zugespielten Gestattungsverträge aus den Waldviertler Gemeinden. Bereits in der Präambel wird festgelegt, dass das Benützungsentgelt auch der „Abgeltung von Beeinträchtigungen aufgrund allgemeiner, ideeller und nicht im Einzelnen messbarer Nachteile“ dienen soll. Genannt werden dabei ausdrücklich mögliche Auswirkungen auf Lärm, Landschaftsbild und Tourismus.

Wer täglich auf eine intakte Landschaft blickt, wer Ruhe und Erholungswert schätzt oder um die touristische Entwicklung seiner Heimat besorgt ist, für den sind diese Nachteile keineswegs bloß „ideell“. Sie betreffen die Lebensqualität unmittelbar.

Es wird noch brisanter: Es soll vertraglich festgelegt werden, dass mit dem Benützungsentgelt „sämtliche Ansprüche der Gemeinde“ abgegolten sind, die sich aus Bau und Betrieb der Anlagen ergeben könnten. Die anschließend angeführten Beispiele sind dabei nur beispielhaft aufgezählt. Die Formulierung geht deutlich weiter als die genannten Punkte und umfasst möglicherweise weitreichende Ansprüche der Gemeinde.



Auch beim variablen Benützungsentgelt bleiben Fragen offen. Die Höhe dieser Zahlung richtet sich nach dem sogenannten Nettoerlös der Windkraftanlagen. Vom Stromerlös dürfen jedoch zahlreiche Kosten und Abgaben abgezogen werden. Die Gemeinde erhält laut Vertrag lediglich eine „nachvollziehbare Darstellung“ der Berechnung. Ein ausdrückliches Prüfungs- oder Einsichtsrecht in die Kalkulation ist nicht vorgesehen.

Für die FPÖ steht daher fest: Bevor weitere Entscheidungen getroffen werden, müssen sämtliche finanziellen Vereinbarungen vollständig offengelegt werden. Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wer welche Zahlungen erhält, welche Verpflichtungen eingegangen werden und welche langfristigen Folgen damit verbunden sind.

Am Ende bezahlt nämlich nicht der Energieerzeuger die Eingriffe in die Landschaft. Den Preis zahlen

Naturraum, Waldviertler Kulturlandschaft und jene Bürger, die mit den Folgen dieser Entscheidungen über Jahrzehnte leben müssen. Gerade deshalb braucht es eine ehrliche und transparente Diskussion über den Windpark WA08 – ohne Schönfärberei, ohne Stimmungsmache und ohne den Versuch, berechtigte Bedenken mit Geldflüssen zu überdecken.



Die Entscheidungen trifft der Gemeinderat

In der Diskussion um den geplanten Windpark Allentsteig-Schwarzenau wird immer wieder auf eine Volksbefragung verwiesen. Dadurch entsteht bei vielen Bürgern der Eindruck, dass letztlich die Bevölkerung über das Projekt entscheiden wird. Wer jedoch die bisherigen Beschlüsse und die rechtlichen Zuständigkeiten betrachtet, erkennt rasch ein anderes Bild.

Tatsache ist: Sämtliche wesentlichen Entscheidungen rund um den Windpark WA08 wurden bisher vom Gemeinderat getroffen. Und auch die noch ausstehenden entscheidenden Schritte liegen weiterhin ausschließlich in seiner Zuständigkeit.

Bereits am 10.12.2012 wurde das Thema Windkraft im Gemeinderat behandelt. Am 19.12.2023 beschloss die ÖVP und die Liste WIR, gegen die vom Land Niederösterreich vorgesehene Windkraftzone WA08 keinen Einspruch zu erheben. Ein Gegenantrag der FPÖ fand keine Mehrheit. Damit wurde eine wesentliche politische Weichenstellung für die weitere Entwicklung des Projekts vorgenommen.

Auch am 26.03.2026 zeigte sich dieselbe politische Linie. Ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ wurde wiederum durch einen Gegenantrag der ÖVP-Mehrheit abgeändert. Die Richtung blieb unverändert: Das Projekt wurde Schritt für Schritt weitergeführt.

Besonders wichtig ist jedoch der Blick in die Zukunft. Denn bevor überhaupt ein Windpark errichtet werden kann, sind weitere Beschlüsse notwendig. Die dafür erforderliche Flächenwidmung liegt ausschließlich in der Zuständigkeit des Gemeinderates. Weder die Landesregierung noch eine Volksbefragung können diese Entscheidung an Stelle des Gemeinderates treffen.

Reha Allentsteig ist wichtiger als Windpark-Experimente

Das Windparkprojekt Allentsteig-Schwarzenau beschäftigt die Stadtgemeinde Allentsteig seit Längerem. Während von den Projektbetreibern vor allem die energiepolitischen Vorteile hervorgehoben werden, bleiben aus Sicht der FPÖ Allentsteig zahlreiche Fragen offen. Besonders betroffen ist dabei ein Standort, dessen Bedeutung weit über die Gemeindegrenzen hinausreicht: das Landesklinikum Allentsteig.

Mit dem niederösterreichischen Gesundheitsplan 2040+ wurde die neurologische Rehabilitation in Allentsteig ausdrücklich als Kompetenzzentrum mit österreichweiter Bedeutung bestätigt und ihre kontinuierliche Weiterentwicklung angekündigt. Das Klinikum nimmt damit eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung des Waldviertels ein und genießt einen hervorragenden Ruf.

Gerade deshalb ist es unverständlich, dass die möglichen Auswirkungen eines Windparks mit Anlagenhöhen von bis zu 260 Metern im unmittelbaren Umfeld des Klinikstandortes bislang nicht umfassend untersucht wurden.

Therapeutisches Umfeld ist Teil der Standortqualität

Die Errichtung mehrerer Großwindkraftanlagen in Sichtweite des Klinikums würde dieses Landschaftsbild dauerhaft verändern. Dabei geht es nicht um eine ideologische Debatte über Windkraft, sondern um die Frage, ob ein hochsensibler Gesundheitsstandort durch derartige Eingriffe beeinträchtigt werden könnte.

Aus diesem Grund hat die FPÖ Allentsteig am 26. März 2026 beantragt, einen unabhängigen Sachverständigen mit der Erstellung eines Gutachtens zu beauftragen. Das Gutachten sollte klären, welche Auswirkungen die geplanten Anlagen auf das Umfeld des Klinikums haben könnten, ob das Vorsorgeprinzip ausreichend berücksichtigt wird und welche langfristigen Folgen für Gemeinde und Klinikum entstehen können.

Die veranschlagten Kosten von rund 3.000 Euro stehen in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Klinikstandortes und zu den langfristigen Folgen möglicher Fehlentscheidungen.

Offene Fragen im Gemeinderat

Bemerkenswert ist, dass dieser Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung aufgenommen, die Dringlichkeit jedoch in der anschließenden Debatte wieder aberkannt wurde. Hier arbeitet die ÖVP und SPÖ offensichtlich mit hinauszögernden und dubiosen Praktiken. Damit bleibt die zentrale Frage unbeantwortet: Warum soll eine unabhängige Prüfung unterbleiben, wenn gleichzeitig von allen Seiten betont wird, wie wichtig der Erhalt und die Weiterentwicklung des Klinikums sind?

Vorsorge statt spätere Schäden

Die FPÖ Allentsteig vertritt daher weiterhin die Auffassung, dass vor weiteren Entscheidungen sämtliche Auswirkungen auf das Landesklinikum Allentsteig untersucht werden müssen.

Die neurologische Rehabilitation ist einer der wichtigsten Gesundheitsstandorte des Waldviertels. Diese Einrichtung verdient den größtmöglichen Schutz und eine vorausschauende Planung.



Ortsgruppe Allentsteig – der Vorstand hat sich neu formiert

Am 29.05.2026 fand der ordentliche Ortsparteitag der FPÖ in Allentsteig statt.

Laut unseren Statuten wird dabei der Vorstand neu gewählt. Es freut mich sehr, dass ich bei der geheimen Wahl mit 100% als Ortsparteiobmann bestätigt wurde. Ein besonderer Dank gilt auch den scheidenden Vorstandsmitgliedern, vor allem meiner Frau Eva, die seit 2008 im Vorstand mitgearbeitet hat.

Gemeinsam mit dem neuen Vorstand werde ich auch künftig engagiert für die Anliegen der Bevölkerung arbeiten.

Der neue Vorstand:
- Obmann: NR Alois Kainz
- Obmann Stv. Horst Strasser
- Kassier: Marvin Fessl
- Kassier Stv. Sonja Sasovics
- Schriftführer: Karin Grabner
- Schriftführer Stv. Sascha Graf

Vorstandsmitglied:
- Mario Haschka
- Karl Weinsteiger (kooptiert)

Rechnungsprüfer:
- Helmut Koller
- Sabrina Straka

Ehrenobmann:
- Johann Junek



Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer


FPÖ
UDO LANDBAUER
LH-STELLVERTRETER
MICHAEL SCHNEDLITZ
GENERALSEKRETÄR
WIESELBURGER
VOLKSFEST
DONNERSTAG
25
JUNI
WIESELBURGER FESTZELT
BEGINN: 18:00 UHR
LIVEMUSIK: JOHN OTTI BAND
AB 19:30 UHR
BEGINN DER REDEN
BIERANSTICH
GUTSCHEINE FÜR
ESSEN & GETRÄNKE!
WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!

Gastkommentar von LAbg. Dieter Dorner, Energiesprecher der FPÖ im NÖ Landtag

„Netzgebühren galoppieren – und die Menschen zahlen“



Ich sage es klar: Nicht der Energiepreis allein treibt die Rechnung – die **Netzgebühren steigen kräftig.** Genau hier liegt das Problem der aktuellen Ausbaupolitik mit immer mehr Windrädern und riesigen Photovoltaik-Feldern.

Die Regierung will in den nächsten Jahren über 50 Milliarden Euro in den Netzausbau stecken – laut AK-Studie rund 53 Mrd. Euro in den nächsten 15 Jahren. Diese Milliarden zahlen die Kunden – **mit Zusatzkosten von über 1.000 Euro pro Haushalt im Jahr bis 2040.** Das ist meine Einschätzung auf Basis der genannten Studie. Jede zusätzliche Großanlage bedeutet neue Leitungen, Umspannwerke und Reservekapazitäten – **Kosten, die über die Netzgebühren bei den Haushalten landen.**

Warum noch mehr Wind und PV die Netzkosten treiben

- **Nicht grundlastfähig:** Wind und Sonne schwanken. **Es muss immer ein Back-up bereitstehen** – konventionelle Kraftwerke, Speicher, teure Netzeingriffe.
- **Mehr Infrastruktur:** Neue Leitungen, Netzverstärkungen, Regelenergie – alles **Milliardenaufwand.**
- **Fix auf der Rechnung:** Netzgebühren zahlen alle – **unabhängig davon, wie sparsam** ein Haushalt ist.

Niederösterreich leistet schon jetzt sehr viel

Gerade Niederösterreich – besonders das Marchfeld und das Weinviertel – **leistet bereits einen überproportionalen Beitrag.** Ich halte nichts davon, einzelne Regionen weiter zu überziehen, während andere Bundesländer kaum beitragen. **Faire Verteilung statt einseitiger Belastung.**

Landschaft und Lebensqualität zählen

Großflächige Anlagen verändern unser **Heimatbild:** hohe Türme, Blinklichter, großflächige PV-Freiflächen. Das betrifft **Erholungswert, Tourismus und Lebensqualität.** Wer hier lebt, **muss mitreden** – per Volksbefragung, **nicht** per Bescheid aus der Amtsstube.

Mein Ansatz: vernünftig statt ideologisch

- **Netz zuerst, dann Zubau:** Ohne belastbares Netz **keine** neuen Großparks.
- **Dezentral statt Freifläche: Dach-PV, Parkplätze, Lärmschutzwände** – Strom dort erzeugen, wo er gebraucht wird.
- **Speicher & Technologieoffenheit:** Speicher, KWK, moderne Steuerung – **Sicherheit vor Symbolpolitik.**
- **Regionale Fairness:** Keine einseitige Last für einzelne Bezirke.
- **Bürger entscheiden lassen:** Keine weiteren Umwidmungen ohne Volksbefragung.

Ich bin für **vernünftige** Energielösungen – aber **blindes Drauflosbauen** treibt die **Netzgebühren** und schwächt die **Versorgungssicherheit. Jedes zusätzliche Windrad und jede weitere PV-Freifläche** erhöhen den Druck auf Netze und Geldbörsen.

Die FPÖ steht an der Seite der Menschen in Niederösterreich: **leistbarer Strom, sichere Versorgung, intakte Heimat** – und **echte Mitsprache** der Bürger vor Ort.